

Niederschrift über die 34. Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen am 27.03.2025, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Thomas Bücking	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Ansgar Engelmann	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Herrn Josef Flögel
Frau Kirsten Fabry	FDP	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	Vertretung für Frau Katja Tkotz
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Matthis Tasler	SPD	Vertretung für Herrn André Kretschmer
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Holger Weiling	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	Bürgermeisterin	
Frau Kathrin Beunings	FB 60	
Herr Philipp Hänsel		
Herr Tim Hellwig	FB 70	
Herr Burkhard Hemmann		
Thomas Külper		
Herr Jörg Wehrmann	FB 70	

Schriefführung: Frau Kathrin Beunings

Herr Thomas Bücking eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:50 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmt Herr Bücking darüber ab, dass der Tagesordnungspunkt 13 abgesetzt werde.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig für das Absetzen des Tagesordnungspunkts.

Des Weiteren lässt Herr Bücking darüber abstimmen, dass der TOP 7 als TOP 2 vorgezogen werde, da als sachkundiger Gast Herr Hehl von der Tarifgemeinschaft anwesend ist.

Ebenfalls einstimmig wird der TOP 7 als TOP 2 vorgezogen.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Sachstandsbericht Grundschulen OGS-Umbaumaßnahmen
Vorlage: 057/2025
- 3 Sachstand Schulzentrum
Vorlage: 065/2025
- 4 Verkehrsuntersuchung In der nordwestlichen Innenstadt und im Hengtegebiet - Teil I:
Vorher-Analyse
Vorlage: 056/2025
- 5 Antrag der CDU-Fraktion "Sperrung des Feldweges"
Vorlage: 051/2025
- 6 Beschluss einer Stellplatzsatzung für die Stadt Coesfeld
Vorlage: 055/2025
- 7 ÖPNV-Angebot im Stadtgebiet und in diesem Zusammenhang: Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit dem Coesfeld Ticket gratis unterwegs im Stadtgebiet
Vorlage: 052/2025
- 8 Einrichtung einer öffentlichen Hundewiese
Vorlage: 054/2025
- 9 Bebauungsplan Nr. 160 "Gewerbegebiet Letter Bülden" 1. Änderung
Vorlage: 058/2025
- 10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vereinfachung, Effizienzsteigerung
und Modernisierung bei der Erstellung von Bebauungsplänen
Vorlage: 069/2025
- 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 121/5 „Kupferstraße / Gerichtswall“ – Satzungsbeschluss
Vorlage: 066/2025
- 12 BP 146/1 Bürgerwindpark Goxel
Vorlage: 070/2025
- 13 Antrag nach § 24 GO NRW zur Aufhebung der Satzung der Stadt Coesfeld über die
Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege) vom 17.12.2021 und Beitragsverzicht für bereits abgeschlossene Maßnahmen
Vorlage: 035/2025
- 14 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Aktuelles aus der Bauaufsicht, der Stadtentwicklung und dem GBR
Vorlage: 064/2025
- 3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 121/5 "Kupferstraße / Gerichtswall" - Beschluss Durchführungsvertrag gem. §12 BauGB
Vorlage: 067/2025
- 4 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Eine Mitteilung des Ausschussvorsitzenden besteht nicht.

Herr Thomas Külper stellt sich als neuer Mobilitätsmanager den Ausschussmitgliedern vor. Er erläutert anhand einer Präsentation seine aktuellen Projekte sowie das gesamte Aufgabenfeld. Die Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

TOP 2	Sachstandsbericht Grundschulen OGS-Umbaumaßnahmen Vorlage: 057/2025
-------	--

Herr Hellwig erläutert ausführlich den bereits in der Vorlage dargestellten aktuellen Sachstand der OGS-Umbaumaßnahmen der einzelnen Grundschulen.

Nach kurzen Rückfragen nehmen die Ausschussmitglieder den Tagesordnungspunkt zur Kenntnis.

TOP 3	Sachstand Schulzentrum Vorlage: 065/2025
-------	---

Herr Wehrmann erläutert den Sachstand der aktuellen Baumaßnahmen am Schulzentrum.

Nach einer Rückfrage teilt er mit, dass der Landschaftsverband bestätigt habe, dass ggf. Änderungen an den Außenanlagen möglich seien. Ein Baumgutachter müsse noch bestellt werden.

Frau Fabry fragt für die FDP-Fraktion nach, ab wann die Schule die Containeranlage benötige. Herr Wehrmann erläutert, dass die Container auf jeden Fall rechtzeitig aufgestellt werden. Wenn die Vorarbeiten gemacht seien, dauert das Aufstellen der Container ca. vier Wochen.

TOP 4	Verkehrsuntersuchung In der nordwestlichen Innenstadt und im Hengtegebiet - Teil I: Vorher-Analyse Vorlage: 056/2025
-------	--

Herr Tranel fragt für die CDU-Fraktion nach, ob die Verwaltung die Beauftragung weiterer Leistungen beabsichtigt habe.

Frau Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass es sich bei den Ergebnissen um die Darstellung der vorherigen Situation handele. Die nachherige Untersuchung nebst Analyse ist bereits vergeben, weitere Vergaben sind nicht geplant.

Herr Tasler fragt für die SPD-Fraktion nach, warum der Knotenpunkt an der Borkener Straße / Hengtestraße nicht genauer betrachtet wurde.

Frau Diekmann-Cloppenburg bestätigt, dass der Knotenpunkt sehr wichtig sei und teilt mit, dass der Punkt nochmal genauer geprüft werde.

TOP 5	Antrag der CDU-Fraktion "Sperrung des Feldweges" Vorlage: 051/2025
-------	---

Herr Tranel teilt für die CDU-Fraktion mit, dass die Fraktion der Auffassung sei, dass die Mehrheit der Bürger:innen den Poller als Sperrung des Feldweges nicht wolle. Am Ende müsse jedoch der Rat entscheiden, wie verfahren werden solle.

Herr Sokol teilt für die Fraktion Aktiv für Coesfeld die Meinung von Herrn Tranel nicht und teilt mit, dass die Bürger:innen dankbar seien, dass sich die Möglichkeit einer Zählung ergeben habe.

Herr Wolfers ergänzt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, dass eine Mehrheit selbstverständlich aus dem Personenkreis bestehe, die gegen eine Sperrung des Weges seien, die den Feldweg als Schleichweg nutzen und ergänzt, dass das Vorhaben ein guter Versuch sei und dieser nur durch eine Sperrung des Weges und nicht durch eine Aufpflasterung möglich sei.

Herr Volmer fügt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. hinzu, dass es einen einheitlichen Ratsbeschluss gebe und erwarte, dass es durch den Versuch genaue Zahlen geben werde. Aktuell liege der Politik nur ein Stimmungsbild vor. Die Wohnqualität solle dort gefördert werden und ihm seien bislang nur positive Rückmeldung gespiegelt worden und der Durchgangsverkehr sei ebenfalls weniger geworden.

Auch der FDP-Fraktion sei gespiegelt worden, dass die Sperrung als positiv wahrgenommen werde, so teilt Frau Fabry mit.

Herr Tranel erwidert für die CDU-Fraktion, dass sie dort eine Haushaltsbefragung durchgeführt habe mit dem Ergebnis, dass die Sperrung nicht benötigt werde. Die Fraktion stelle sich die Frage, ob in dem Bereich wirklich eine Verkehrsberuhigung notwendig sei.

Herr Tasler teilt für die SPD-Fraktion mit, dass sie sich auch andere Lösungen, außer einer Sperrung, vorstellen könne. Die Fraktion möchte jetzt aber erst einmal die Zahlen und Fakten abwarten.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

1. Der Ratsbeschluss vom 21.06.2023 (*Beschluss 16.15 unter dem Tagesordnungspunkt 12*) wird aufgehoben und die aus diesem Ratsbeschluss noch resultierenden Aufgaben beendet.
2. Eine dauerhafte Sperrung des Feldweges wird nicht weiterverfolgt, eine Verkehrsberuhigung soll durch den Einbau von zwei aufeinanderfolgenden Bodenwellen erfolgen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung der Verkehrsberuhigung durch diese Bodenwellen einzuleiten.

Alternative Beschlussvorschläge der Verwaltung:

1. Der Feldversuch mit Sperrung des Feldweges wird wie geplant über den 3-monatigen Zeitraum fortgesetzt.
2. Die Verwaltung wird die Politik über die Ergebnisse des Feldversuches informieren. Sollte die Politik die Sperrung nicht fortführen wollen, wird die Verwaltung beauftragt, Aufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung an den in der Anlage 2 aufgezeigten Stellen einzubauen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion	4	8	1

Der alternative Beschlussvorschlag der Verwaltung ist obsolet und somit wird darüber nicht mehr abgestimmt.

TOP 6	Beschluss einer Stellplatzsatzung für die Stadt Coesfeld Vorlage: 055/2025
-------	---

Herr Hemmann erläutert den Mitgliedern des Ausschusses die Vorlage und teilt mit, dass die Verwaltung sich dem Problem der immer knapper werdenden Stellplätze im öffentlichen Raum stellen wolle. Herr Hänsel kündigt eine Informationsveranstaltung für alle interessierten Bürger als auch Betroffenen zum 02.04.2025 an. Die Verwaltung möchte mit den Architekten in den Austausch gehen und gemeinsam nach Lösungen suchen, sonst werde sich der öffentliche Raum immer weiter verengen. Eine Abwägung zwischen Parken und städtebaulichen Entwicklungen müsse stattfinden.

Herr Tranel stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Er begrüßt die Informationsveranstaltung und möchte deren Ergebnisse abwarten. Er gibt an, dass Investoren nicht zu sehr eingeschränkt werden sollten. Durch die neue Stellplatzsatzung müssen diese die 1,5 Parkplätze pro Wohneinheit miteinkalkulieren und fragt sich, ob die aktuellen Projekte in der Innenstadt mit einer angepassten Satzung so hätten realisiert werden können.

Herr Hänsel ergänzt, dass sich die Parkplatzsituation nicht noch weiter verschärfen dürfe. Wenigstens die Kosten für ein ebenerdigen Parkplatz sollen durch die Ablöse geregelt werden.

Herr Wolfers fügt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hinzu, dass die Fraktion die Ablöse immer noch für viel zu gering sehe und erläutert, dass ein Tiefgaragenparkplatz, um den es meist in der Innenstadt gehe, über 25.000 EUR koste. Dies seien 10.000 EUR mehr, als in der neuen Stellplatzsatzung als höchstveranschlagte Kosten verlangt würden. Die Möglichkeit, die Anzahl benötigter Stellplätze durch schlüssige Mobilitätskonzepte der Bauherren zu verringern, sehe er sehr positiv. Dadurch sollten letztlich mehr Stellplätze verringert werden können als die geplanten 30%, tendenziell nach oben offen.

Herr Volmer fügt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. hinzu, dass das Thema zeitnah behandelt werden solle, denn auch potenzielle Investoren im Stadtbereich wie z.B. beim Kapuzinerquartier benötigen verlässliche Aussagen. Er sei dafür, dass sich die Fraktionen im heutigen Ausschuss enthalten und der Tagesordnungspunkt nicht abgesetzt werde.

Herr Bücking fragt als Ausschussvorsitzender nach, wie viele Stellplätze bereits abgelöst wurden.

Seit 1995 wurden in den Zonen I-V insgesamt 414 Stellplätze abgelöst. Hierbei ist zu beachten, dass die reale Zahl benötigter Stellplätze höher ist, da lt. alter Stellplatzsatzung Ermäßigungen von bis zu 50% möglich waren, die zu der oben genannten Zahl bzgl. der Parkbedarfe hinzugerechnet werden müssten.

Herr Tasler begrüßt für die SPD-Fraktion, dass die neue Stellplatzsatzung beschlossen werde. Er fügt hinzu, dass es nicht zu hochgegriffen sei, dass die neue Satzung mit 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit rechne und fügt hinzu, dass heutzutage mind. 2 Fahrzeuge pro Haushalt genutzt würden.

Herr Tranel teilt mit, wenn alle Fragen bis zur Ratssitzung geklärt seien, der Tagesordnungspunkt nicht abgesetzt werden müsse. Er fügt hinzu, dass die Ablösebeträge immer für gute

Projekte genutzt worden seien, wie z.B. für den Ausbau des Radweges entlang der Billerbecker Straße.

Frau Fabry ergänzt für die FDP-Fraktion, dass die Fraktion hin und her gerissen sei, denn sie teile beide Argumentationen. Die Fraktion werde sich ebenfalls enthalten.

Nach weiterer Diskussion stimmen die Ausschussmitglieder über den Beschluss ab und Herr Tranel zieht seinen Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, zurück.

Beschlussvorschlag:

Der als Anlage beigefügte Entwurf der Stellplatzsatzung der Stadt Coesfeld wird als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	2	0	11

TOP 7	ÖPNV-Angebot im Stadtgebiet und in diesem Zusammenhang: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit dem Coesfeld Ticket gratis unterwegs im Stadtgebiet Vorlage: 052/2025
-------	---

Herr Hemmann erläutert den Mitgliedern des Ausschusses, dass die Verwaltung ein Gesamtkonzept für den ÖPNV vorstellen möchte. Die Verwaltung stelle sich die Frage, wie das ÖPNV-Angebot verbreitert werden könne, damit es für die Bürger interessanter werde. Wie im Mobilitätskonzept hinterlegt und im November angekündigt, soll ein tragfähiges on-demand-Angebot geschaffen werden. Im vorgelegten Konzept als auch in den Ausführungen der Vorlage geht die Verwaltung auf an Sie heran getragene Wünsche und Anregungen zur Stärkung des ÖPNV mit ein, um ein ganzheitliches Bild aufzuzeigen. Zu den herangetragenen Wünschen zählt sowohl der Nachtbus aus Lette, welcher aus dem DIEK Lette-Prozess als Idee entstand, als auch das Coesfeld-Ticket, als Prüfauftrag seitens der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN.

Bei der Erstvorstellung der Vorlage im Bezirksausschuss wurde fraktionsübergreifend der Wunsch geäußert, nähere Ausführungen zu den prognostizierten Einnahmeausfällen seitens der Tarifgemeinschaft zu erhalten, da man sich die Höhe nicht erklären können. Daraufhin habe man Kontakt zur Tarifgemeinschaft aufgenommen. Erfreulicherweise hat Herr Hehl kurzfristig für die Ausschusssitzung zugesagt und steht gerne für Fragen zur Verfügung.

Nachdem sich Herr Hehl persönlich vorgestellt hat, erläutert er, dass die Kosten für einen Null-Tarif für die Verwaltung durchaus überschaubar seien. Er teilt mit, dass das Deutschland-Ticket einen sehr hohen Marktanteil im Westfalentarif habe. Über das Deutschlandticket wurde eine PLZ-Auswertung gemacht, damit der Anteil an Schülern sowie übrigen Kunden ermittelt werden konnte. Es stelle sich die Frage, für wie viele Bürger es Sinn mache, das Deutschland-Ticket zu kündigen und welche finanziellen Konsequenzen es gebe. Bei der Auswertung sei mit dem größtmöglichen Risiko gerechnet worden. Er verstehe, dass die Auswertung für die Politik erschreckend hohe Mindereinnahmen aufführe, aber um genaue Zahlen vorweisen zu können, müsse das genau geprüft werden.

Herr Hänsel fragt nach, ob die Tagesaktionen anders beziffert werden und welche Kosten dann auf die Verwaltung zukommen würden.

Herr Hehl erläutert, dass man sich die Zahlen genau ansehen muss, aber dann nur noch ein Bruchteil der Kosten auf die Verwaltung zukommen würde.

Herr Wolfers teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass der ÖPNV eine Pflichtaufgabe für jeden Politiker sein sollte. Er ergänzt, dass die Preise für ihn sehr abschreckend seien und die Kosten nicht nachvollziehbar. Er sehe nach den Ausführungen von Herrn Hehl als einziges Problem die Kosten für die Schülerbeförderung zu bewerten. Die Fraktion sei offen für andere Vorschläge der Ticketgestaltung oder auch einen Beobachtungszeitraum von ein bis zwei Jahren für ein entsprechendes kostenfreies Angebot.

Herr Tranel erläutert für die CDU-Fraktion, dass das kostenlose Ticket für seine Fraktion keine Möglichkeit sei. Die Verwaltung solle weiter planen und wenn die Aufstellung des Haushaltes anstehe, dann sollen die Fraktionen nochmals in die Diskussion einsteigen. Er wünscht sich eine Einbindung der Politik in die Planung. Den Beschluss 2 werde die CDU-Fraktion mitgehen.

Herr Volmer fügt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. hinzu, dass die Tarifstruktur sehr breit gefächert sei und die Verlässlichkeit ein sehr großes Thema in der Infrastruktur sei. Die Wählergemeinschaft werde den Beschlüssen der Verwaltung zustimmen.

Herr Tasler teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Politik dabeibleiben solle, was im Mobilitätskonzept stehe. Das ÖPNV-Netz im Stadtgebiet sollte verbessert werden. Er sehe keinen Sinn in zeitlich befristeten Tickets, wie Beispiel ein Ticket für den Lichtersamstag. Die SPD-Fraktion werde ebenfalls den Beschlüssen der Verwaltung zustimmen.

Nach weiterer Diskussion stellt Herr Wolfers für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Antrag, den Antrag, wie auch bereits im Umweltausschuss mitgeteilt, dahingehend zu ergänzen, dass das kostenlose Coesfeld-Ticket weiterhin vertiefend geprüft werden solle und dass die Verwaltung verlässliche Zahlen darlegen solle.

Des Weiteren soll der Beschluss der Verwaltung dahingehend ergänzt werden, dass weitere Ticketalternativen noch geprüft werden sollen.

Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geändert:

Die Verwaltung möge prüfen, welche Maßnahmen und Kosten erforderlich sind, damit Coesfelder:innen innerhalb von Coesfeld die Bahn von Lette zum Coesfelder Bahnhof, zum Schulzentrum und umgekehrt, kostenlos nutzen können. Parallel dazu sollte auch eine kostenfreie Nutzung des Busverkehrs geprüft werden und ob das Angebot auch auf Tourist:innen ausgeweitet werden kann.

Wie auch bereits im Umweltausschuss wird der Antrag dahingehend geändert, dass das Vorhaben „Kostenloses Coesfeld-Ticket“ weiterhin vertiefend geprüft wird und dass die Verwaltung verlässliche Zahlen wie z.B. den kommunalen Finanzaufwand pro 0-Euro-Ticket, die Fahrgastfrequenz im reinen Stadtgebiet, die Kosten für Tagesaktionen und Marketing sowie Beispielrechnungen aus anderen Städten dargestellt werden.

Beschlussvorschlag 1 der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Realisierung und den Betrieb der Variante 6 erforderlichen Mittel in den Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 einzustellen. Um einen mittelfristigen Betrieb zu sichern, sind die Mittel auch in die Finanzplanung 2027 und 2028 einzustellen.

Beschlussvorschlag 2 der Verwaltung (geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen für die Realisierung der Variante weiterzuführen und eine Betriebsaufnahme im Jahr 2026 vorzubereiten.

Des Weiteren möge die Verwaltung prüfen, welche Ticketvarianten möglich sind.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss <i>geändert</i> (Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)	2	11	0
Beschluss 1 der Verwaltung	6	7	0
Beschluss 2 der Verwaltung <i>geändert</i>	13	0	0

TOP 8	Einrichtung einer öffentlichen Hundewiese Vorlage: 054/2025
-------	--

Herr Hemmann erläutert, dass die Verwaltung zwei potenzielle Flächen herausgesucht habe. Er sehe aber den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung als durchaus kritisch, da dieser einer geplanten Gesamtkonzeption Nutzung des Stadtparkes vorgreifen würde.

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des Ausschusses, dass dem Beschlussvorschlag 1 gefolgt werde.

Herr Volmer regt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. an, dass entlang der Grenze zwischen Sportplatz und zukünftiger Hundewiese ein Sichtschutzzaun errichtet werden solle.

Herr Tasler wünscht sich für die SPD-Fraktion, dass die Verwaltung prüfen solle, ob die Fläche durch Ehrenamtliche gepflegt werden könne.

Frau Diekmann-Cloppenburg erläutert, dass bereits eine Gruppe von ehrenamtlichen Bürger:innen gefunden wurde, die die Fläche gerne pflegen möchten. Sie teilt außerdem mit, dass auch die SG Coesfeld keine Probleme mit der angrenzenden Hundefreilauffläche habe.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Hundefreilauffläche auf der Fläche 15 Sportzentrum Süd umzusetzen. Dazu wird Sie sich bzgl. der Ausgestaltung mit Hundeschulen austauschen und Paten zur Pflege der Freilauffläche gewinnen.

Alternativer Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Hundefreilauffläche auf der Fläche 5 Stadtpark / Friedrich-Ebert-Str. umzusetzen. Dazu wird Sie sich bzgl. der Ausgestaltung mit Hundeschulen austauschen und Paten zur Pflege der Freilauffläche gewinnen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss	12	0	1

TOP 9	Bebauungsplan Nr. 160 "Gewerbegebiet Letter Bülden" 1. Änderung Vorlage: 058/2025
-------	--

Herr Wolfers teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass er eine Verpachtung von städtischen Gewerbeflächen als wirtschaftlicher sehe.

Herr Hänsel antwortet, dass es aktuell nur um die Kleinteiligkeit der Grundstücke gehe und nicht darum, ob die Grundstücke später verpachtet oder veräußert würden. Durch die Kleinteiligkeit habe die Verwaltung aus liegenschaftlicher Sicht bessere Möglichkeiten der Vermarktung.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung die 1. Änderung des rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 160 „Gewerbegebiet Letter Bülden“ durchzuführen.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, mit den zu erarbeitenden Unterlagen des Bebauungsplanentwurfs die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 160 „Gewerbegebiet Letter Bülden“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 und 2	11	0	2

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern des Ausschusses, dass über die Beschlüsse 1 und 2 en bloc abgestimmt werde.

TOP 10	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Vereinfachung, Effizienzsteigerung und Modernisierung bei der Erstellung von Bebauungsplänen Vorlage: 069/2025
--------	--

Herr Wolfers teilt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit, dass die Fraktion den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung mitgehen könne und hofft, dass durch die klimagerechte Bauleitplanung die Gestaltung der Bebauungspläne offener werde.

Der Antragsteller verzichtet auf die Abstimmung des Beschlusses.

Herr Hemmann teilt mit, dass, wie bereits in der Sachverhaltsdarstellung aufgeführt, am 28. April in der Zeit von 17 bis 19 Uhr der Workshop für die klimagerechte Bauleitplanung stattfinden werde. Eine Einladung an alle Ratsmitglieder werde zeitnah erfolgen.

Beschlussvorschlag:

„Die Verwaltung möge prüfen, mit welchen Methoden eine effizientere Erstellung der Bebauungspläne sowie schlankere Entscheidungsprozesse ermöglicht werden können.

In die Prüfung sollen folgende Aspekte einbezogen werden:

1. Reduzierung von Festsetzungen: Es soll geprüft werden, in wieweit die Festsetzungen im Bebauungsplan reduziert werden können. (§ 9 Abs. 6 BauGB)
2. Module für Querschnittsthemen: Es soll geprüft werden, in wieweit Themenbereiche wie Klimaschutz und Klimaanpassung, Wassermanagement und Baukultur als Module in die Planung integriert werden können.
3. Digitalisierung: Die Vertiefung der Digitalisierung im Planungsprozess durch den Einsatz von GIS-Systemen und Künstlicher Intelligenz (z. B. ArcGIS Urban) soll geprüft werden.
4. Standardisierte Datenmodelle: Die Festsetzungen des Bebauungsplans in einem einheitlichen, standardisierten Datenmodell (z. B. XPlanung) soll geprüft werden.

Das Ergebnis soll dem Ausschuss Planen und Bauen zur nächsten Sitzung vorgestellt werden.“

Beschlussvorschlag 1 (Alternativer Vorschlag der Verwaltung):

„Die Verwaltung wird die im Antrag genannten Punkte 1 und 2 im Rahmen des geplanten Workshops zur klimagerechten Bauleitplanung aufnehmen.“

Beschlussvorschlag 2 (Alternativer Vorschlag der Verwaltung):

„Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Punkt 3 genannte Vertiefung der Digitalisierung bis zur Ausschusssitzung am 27.11.2025 über Nutzungsmöglichkeiten von KI im Planungsprozess vorzustellen und zu erörtern. Dies umfasst mögliche Software(bausteine), Nutzen und Kosten sowie Grenzen des Datenschutzes.“

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 und 2 (Alternativer Vorschlag der Verwaltung)	13	0	0

Der Ausschussvorsitzende lässt zunächst über die alternativen Beschlüsse der Verwaltung abstimmen. Somit ist eine Abstimmung über den Beschluss (Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) obsolet.

TOP 11	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 121/5 „Kupferstraße / Gerichtswall“ – Satzungsbeschluss Vorlage: 066/2025
--------	---

Die Ausschussmitglieder stimmen ohne Wortmeldungen über die Beschlüsse ab.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken geäußert wurden.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 5 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 121/5 "Kupferstraße / Gerichtswall" wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gemäß § 10 (1) BauGB sowie unter Vorbehalt der Zustimmung des Rates über den Durchführungsvertrag (nicht-öffentliche Vorlage 067/2025) sowie den Kaufvertrag (nicht-öffentliche Vorlage 073/2025) als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1 (Kenntnisnahme)			
Beschluss 2 und 3	13	0	0

Es besteht Einigkeit unter den Mitgliedern der Verwaltung, dass über die Beschlüsse 2 und 3 en bloc abgestimmt werden kann.

TOP 12	BP 146/1 Bürgerwindpark Goxel Vorlage: 070/2025
--------	--

Herr Volmer fragt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. an, ob es tatsächlich gewollt sei, dass auf einen gemeinsamen Konsens verzichtet werden solle. Er fügt hinzu, dass es wichtig sei, dass auch die Bewohner im Außenbereich angefragt werden müssten.

Herr Bücking fügt als Ausschussvorsitzender hinzu, dass ein Ratsbeschluss mit der 3H-Regelung bestehe. Er fragt nach, ob die hier zugrunde gelegte 3H-Regelung damit ausgehebelt wäre.

Herr Hemmann teilt mit, dass der Investor eine andere Handhabung sehe und es für ihn neue Möglichkeiten gebe.

Herr Hänsel fügt hinzu, dass die 3H-Regelung mit einer deutlichen Mehrheit des Rates zurückgezogen wurde und somit auch die 2H-Regelung in diesem Bereich erfolgen könne.

Herr Bücking regt an, dass in einer neuen Vorlage erläutert werden solle, was passiert, wenn der Ratsbeschluss aufgehoben werde und was passiert, wenn die Politik den Beschluss nicht aufheben werde. Die Verwaltung wird dies in der nächsten Ausschusssitzung aufzeigen.

Herr Volmer fügt hinzu, dass das nicht der Wunsch seiner Wählergemeinschaft sei, dass die Handlungsmöglichkeiten aufgegeben werden.

Herr Schulze Spüntrup fragt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. nach, was mit den Bürgerinvestitionen sei.

Herr Hänsel erläutert, dass bei allen Windenergieanlagen gesetzlich geregelt sei, dass eine finanzielle Bürgerbeteiligung zu erfolgen habe. Diese ist somit unabhängig von der planerischen Voraussetzung.

TOP 13	Antrag nach § 24 GO NRW zur Aufhebung der Satzung der Stadt Coesfeld über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen im Außenbereich (Wirtschaftswege) vom 17.12.2021 und Beitragsverzicht für bereits abgeschlossene Maßnahmen Vorlage: 035/2025
--------	---

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

TOP 14	Anfragen
--------	----------

Herr Tranel fragt für die CDU-Fraktion nach, wie viele registrierte Anwender das Carsharing genutzt haben.

Herr Hemmann teilt mit, dass die Antwort im Protokoll erfolge.

Mit Stand zum 10. März 2025 wurden mit Postleitzahl Coesfeld 669 Nutzer verzeichnet.

Herr Schulze Spüntrup fragt für die Freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e.V. nach, wie viele Grundstücke im Besitz der Stadt Coesfeld seien, für die ein Baurecht bestehe und die theoretisch bebaut werden könnten.

Es wurden im Siedlungsgebiet als auch in den ASB-P (Allgemeine Siedlungsgebiete in Planung) des kommenden Regionalplans 19 Grundstücke ermittelt, welche bebaubar wären. Die Art des Baurechts wurde nicht ermittelt, da die Auflistung aller Möglichkeiten sehr zeitaufwändig wäre. Die Übersicht wird als Anlage D im nicht-öffentlichen Teil der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Sokol teilt für die Fraktion Aktiv für Coesfeld mit, dass der Radweg in Teilstücken entlang der Osterwicker Straße stadtauswärts offen sei und die Baumaßnahme der Firma Schubert nicht abgeschlossen sei.

Eine Antwort erfolgt im Protokoll.

Fa. Schubert arbeitet im Auftrag der Stadtwerke Coesfeld an den Versorgungsleitungen und im Auftrag des Abwasserwerkes an den Entwässerungsleitungen.

Insofern werden vorbereitende Arbeiten im Bereich des 2. Bauabschnittes der Radbahn Münsterland entlang der Osterwicker Straße ausgeführt.

Herr Bücking fragt als Ausschussvorsitzender nach, ob es möglich sei, dass der Verkehr Bereich der Kellerstraße / Südring wieder entgegengesetzt geführt, so wie der Verkehr geleitet werde, wenn eine Baumaßnahme in dem Bereich stattfindet.

Frau Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass die Situation geprüft werde.

Thomas Bücking
Vorsitzender

Kathrin Beunings
Schriftführerin